

404 – Frau Dmuß

**Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
Pilotprojekt anonymisierte Bewerbungen bei der Stadt und ihren Töchtern  
Drucksache VO/0296/12  
- Stellungnahme des Gesamtpersonalrates -**

Sehr geehrte Frau Dmuß,

mit Schreiben vom 06.08.2012 haben Sie den Gesamtpersonalrat um Stellungnahme zu einer möglichen Anwendung von anonymisierten Bewerbungsverfahren bei der Stadt Wuppertal gebeten.

Der Gesamtpersonalrat hat sich in seiner Sitzung am 23.08.2012 mit der Thematik beschäftigt. Im Ergebnis begrüßt der GPR den o. g. Antrag ausdrücklich. Nach Einschätzung des Gesamtpersonalrates u. a. auf Grundlage der Auswertungsergebnisse der am bundesweiten Modellprojekt beteiligten Unternehmen, bieten anonymisierte Bewerbungsverfahren zumindest bis zum Vorstellungsgespräch die Gewähr, dass eine diskriminierungsfreie Bewerber/innenauswahl stattfindet. Daher wird hiermit dem Gebot der Bestenauslese gesichert Rechnung getragen. Die Anwendung von anonymisierten Bewerbungsverfahren birgt nach Auffassung des GPR zudem die Chance der Erweiterung des Bewerber/innenkreises, da mögliche Bewerbungshemmnisse, z. B. von Bewerber/innen mit Migrationshintergrund, abgebaut werden könnten.

Ungeachtet der positiven Grundhaltung des Gesamtpersonalrates zur Anwendung von anonymisierten Bewerbungsverfahren sei der Hinweis gestattet, dass die Entwicklung, Einführung und Umsetzung zusätzliche Personalressourcen binden würde, welche aus Sicht des GPR aktuell und auch perspektivisch im Bereich des Personalressorts (404) nicht vorhanden sind. Die Übernahme von weiteren Aufgaben, ohne entsprechende Kompensation erscheint daher nicht verantwortbar. Im Übrigen sei auf die Zielvereinbarung des Ressorts 404 mit dem Stadtdirektor verwiesen. Auch hier ist vermerkt, dass durch weitere Personalreduzierungen die Umsetzung verwaltungswert bedeutender Projekte künftig nicht oder nicht im gewohnten Umfang sichergestellt werden kann. In den Leistungseinheiten mit dezentraler Personalverantwortung stellt sich das zuvor gezeichnete Bild im Übrigen kaum anders dar. Insofern ist mit dieser Stellungnahme die dringende Bitte verbunden, eine mögliche positive Beschlussfassung um die Vorgabe der Kompensation (durch Aufgabenwegfall oder Personalaufstockung) zu ergänzen.

Der Gesamtpersonalrat geht davon aus, dass er – im Falle einer positiven Beschlusslage – im Rahmen seiner Beteiligungsrechte rechtzeitig und umfassend in die Entwicklung eines entsprechenden Verfahrens eingebunden wird.

Mit freundlichen Grüßen



Kirchner  
Vorsitzende